

## Die polnische Regentschaftsfrage. Die Antwort auf die Denkschrift des Staatsrates.

Warschau, 10. Juni.

Das Wolffsche Bureau meldet: Gestern hat unter dem Vorsitz des Kronmarschalls und unter Teilnahme von 23 Mitgliedern des Staatsrates, beider Regierungskommissäre und dreier Kommissärstellvertreter eine Sitzung des einseitigen Staatsrates stattgefunden. In dieser Sitzung, die auf Wunsch der Kommissäre einberufen worden war, gaben Graf Lerchenfeld namens der deutschen Regierung und Freiherr v. Konopka namens der österreichisch-ungarischen Regierung als Antwort auf die vom einseitigen Staatsrat am 1. Mai an die Okkupationsmächte gerichtete Denkschrift folgende Erklärung ab:

1. Der Wunsch nach Einsetzung eines Regenten für den polnischen Staat, der in dem Beschluß des Staatsrates vom 1. Mai zum Ausdruck kam, entspricht vollkommen den Absichten der Mittelmächte und wird erfüllt werden, sobald die Bedingungen für eine gedeihliche Tätigkeit des Regenten geschaffen sind.

2. Die Mittelmächte sehen schon gegenwärtig den einseitigen Staatsrat für den Vertreter des sich bildenden polnischen Staates an und erwarten, daß der Staatsrat in möglichst kurzer Frist seine vorbereitenden Arbeiten für die Verfassungs- und Verwaltungsorganisation des Königreiches Polen beende.

3. Die Mittelmächte richten gleichzeitig an den Staatsrat die Aufforderung, besondere Anträge darüber auszuarbeiten und ihnen vorzulegen, in welcher Weise ohne Beeinträchtigung der Stellung, die den Okkupationsmächten nach dem Völkerrecht zukommt, die Uebergabe einzelner Verwaltungszweige an die polnischen Zentralbehörden (Ministerien) erfolgen könnte und wie die Kosten für die Verwaltungszweige zu beden wären. Solche Verwaltungszweige sind außer der Rechtspflege und dem Komitees in ganz Spanien auflösen. Das spanische Volk wolle Gerechtigkeit und Gleichheit. Die Regierung stehe vor der Wahl, entweder zu regieren oder sich aufzulösen.

## Die Forderungen des Militärkomitees.

Madrid, 7. Juni.

In einem Aidememoire, welches das Infanterie-Verteidigungskomitee von Barcelona am 1. Juni dem dortigen Korpskommandanten überreichte und das mehrere Tage später in der Presse veröffentlicht wurde, wird erklärt, daß nicht nur die auf der Halbinsel stationierte Infanterie, die gegenwärtig ausschließlich diesem Hauptinfanterie-Verteidigungskomitee den Gehorsam leistet, sondern auch die Kavallerie und Artillerie entschlossen seien, im Heere in Zukunft nur Gerechtigkeit und Gleichheit walten zu lassen. Das Aidememoire hebt hervor, daß sich das Komitee einzig und allein die Wahrung der Interessen des Vaterlandes zum Ziele setze und daher die offizielle Anerkennung seines Bestandes fordere, und fährt weiter aus, daß die Interessen der Armee in den letzten zwanzig Jahren stets unter dem Vorwand hintangeseht worden seien, daß vorerst eine Neugestaltung der übrigen nationalen Organismen ins Werk gesetzt werden müsse, was jedoch in Wirklichkeit nicht geschehen sei.

Das Aidememoire erklärt ferner, daß verantwortliche Staatsmänner wiederholt die Vernachlässigung der Armee seitens der Regierungsorgane offen eingestanden haben und fährt fort: Zu diesen chronischen Mißständen gesellen sich in letzter Zeit zunehmende Protektionwirtschaft, ferner die ungeredeten Wahlen und die im Vergleich zu den übrigen Staatsbeamten nicht zu billigen Pensionierungen sowie schließlich die Ueberzeugung, daß alle diese Uebelstände niemals beseitigt würden, da von den vielen Heeresreformprojekten kein einziges zur Durchführung gelangt sei. Um die Mittel und Wege zu finden, die Mißstände zu beheben und auf laaalem Wege von den höheren Behörden reformiert